

## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drucksache 12/2100 -

Einzelplan 10 - Ministerium für Umweltschutz, Raumordnung und Landwirtschaft

Bericht über das Ergebnis der Beratungen  
des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung

### Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Nachtragshaushalts 1997 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung gegeben ist, unverändert angenommen.

## **Bericht**

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat den Entwurf des Nachtragshaushalts 1997 am 18. Juni 1997 abschließend beraten. Ein Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses hat an der Sitzung teilgenommen.

Änderungsanträge lagen nicht vor.

Die Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft erklärte, daß im Einzelplan 10 über den Nachtragshaushalt eine globale Minderausgabe in Höhe von 30,5 Mio DM erbracht werden muß. Diese summiert sich mit der bereits etatisierten Minderausgabe auf insgesamt rund 46 Mio DM.

Von dieser Minderausgabe würden folgende Programme nicht betroffen sein:

Die Gemeinschaftsaufgabe, die zu 60 % aus Bundesmitteln finanziert wird; die aus EU-Mitteln kofinanzierten Programme. Ferner Förderprogramme, die aus zweckgebundenen Mitteln finanziert werden, wie z.B. aus der Abwasserabgabe.

Von der Einsparung werden im wesentlichen Landesprogramme betroffen sein, wie z.B. der Naturschutz und die Landschaftspflege. Aber auch Flurbereinigung und das Aufklärungsprogramm Ökologische Abfallwirtschaft.

Man werde die Ausgabeentwicklung in den nächsten Monaten sehr sorgfältig beobachten und dort steuernd eingreifen, sobald sich zeige, daß einzelne Ausgabebetitel übermäßig belastet würden.

Die finanziellen Auswirkungen auf die einzelnen Programme werde man versuchen, gering zu halten.

Einsparungen seien infolge der Haushaltssperre und der fortgeschrittenen Zeit, bei Sachausgaben, Zuschüssen und leider auch bei Investitionen zu erwarten.

Die Ministerin sah sich nicht in der Lage, dem Ausschuß eine titelscharfe Liste vorzulegen.

## **Abstimmungsergebnis**

In der anschließenden Abstimmung wurde der Entwurf des Nachtragshaushalts 1997, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung betroffen ist, bei dem vorne aufgeführten Einzelplan 10 unverändert mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Klaus Strehl  
Vorsitzender